



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

2260 /AB

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 410.140/22-IV/1/83

1983 -02- 03

Wien, am 2. Februar 1983

zu 2340 /J

Herrn
Präsident des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. MOCK und Genossen haben am 23. Dezember 1982 unter der Nr. 2340/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Rettung von Arbeitsplätzen in den St. Pöltner Glanzstoffwerken an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist es richtig, daß mit 1. April 1983 eine österreichische Betriebsgesellschaft die Glanzstoffwerke St. Pölten übernehmen wird ?
2. Wenn ja, wer wird an dieser zu gründenden Betriebsgesellschaft beteiligt sein ?
3. Wie werden die Gesellschaftsanteile an dieser Betriebsgesellschaft zwischen den einzelnen Gesellschaftern verteilt sein ?
4. Wieviele Arbeitsplätze werden auf Grund der angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen in den Glanzstoffwerken verloren gehen?

- 2 -

5. Welche Maßnahmen wird die zu gründende Betriebsgesellschaft ergreifen, um mit den St. Pöltner Glanzstoffwerken die Gewinnschwelle zu erreichen ?
6. Wie hoch wird der voraussichtliche jährliche Zuschuß der öffentlichen Hand in den Jahren 1983 und 1984 bei Weiterführung der St. Pöltner Glanzstoffwerke sein ?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Um die Existenz von Industriestandorten (wie die Glanzstoffwerke in St. Pölten) in Österreich bestmöglich zu sichern, sollen die notwendigen Sanierungsbemühungen durch den Bund in Zukunft verstärkt werden. Zu diesem Zweck wird eine Gesellschaft für Bundesbeteiligungen an Industriebetrieben Ges.m.b.H. gegründet, deren Anteile vom Bund gehalten werden. Diese Bundes-Beteiligungsgesellschaft soll im Wege von Auffanggesellschaften bei den betroffenen Unternehmen zunächst wirtschaftlich gesicherte Eigentumsverhältnisse schaffen, das Management für die Weiterführung auswählen und alle Verwertungsmöglichkeiten der Betriebe als Ganzes voll ausschöpfen, um Arbeitsplätze im maximalen Ausmaß zu erhalten.

Zu Frage 1:

Es ist vorgesehen, auch für die Glanzstoffwerke St. Pölten eine Auffanggesellschaft nach oben angeführtem Muster zu gründen. Als Termin ist der 1. April 1983 vorgesehen, eine Realisierung der Übernahme zu diesem Termin hängt jedoch noch von Detailverhandlungen ab.

-/3

- 3 -

Zu Frage 2:

An der genannten Auffanggesellschaft will sich der Bund beteiligen und hat das Land Niederösterreich eingeladen, ebenfalls an diesem Vorhaben teilzunehmen.

Zu Frage 3:

Die Beteiligung des Bundes an der Auffanggesellschaft soll 2/3, die des Landes Niederösterreich 1/3 betragen.

Zu Frage 4:

Die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen hängen weitgehend von der mittelfristig zu erwartenden Auslastung des Werkes ab.

Die Gespräche zur Erstellung bzw. Umsetzung eines Sanierungskonzeptes für das Werk sind im Gange. Es können daher auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Angaben über den Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen gemacht werden.

Grundsätzlich wird es das Ziel der geplanten Auffanggesellschaft sein, die Arbeitsplätze im größtmöglichen Umfang zu erhalten, wobei jedoch auch auf die Wirtschaftlichkeit der Produktion Bedacht zu nehmen sein wird.

Zu Frage 5:

Wie schon zu Frage 4 ausgeführt, sind das Sanierungskonzept und die Rationalisierungsmaßnahmen noch nicht endgültig fixiert, daher können auch im Hinblick auf das Erreichen der Gewinnschwelle derzeit keine konkreten Aussagen gemacht werden.

Zu Frage 6:

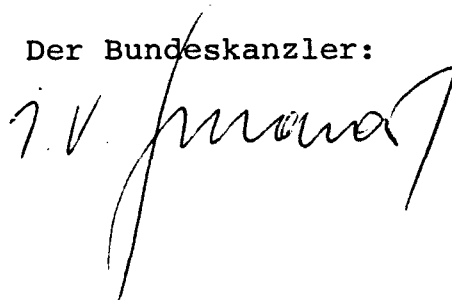
Die Kosten für die Weiterführung des Betriebes hängen weitgehend von der zu erwartenden wirtschaftlichen Situation ab.

-/4

- 4 -

Der voraussichtliche Finanzierungszuschuß steht derzeit noch nicht fest, da die angeführten Gespräche insbesondere auch mit dem Land Niederösterreich noch nicht abgeschlossen sind.

Der Bundeskanzler:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. V. Janda', written in a cursive style.